

**Brüssel, 28. Oktober 2010** – Die Debatte über die Einführung einer neuen Berechnungsgröße für die Messung von Fortschritt und Wachstum war ein wichtiger Punkt auf der Agenda des Umweltausschusses am 27./28. Oktober.

Bereits vor Jahren hatte der Nobelpreisträger und Ökonom Joseph Stiglitz dargestellt, dass die aktuelle Berechnung ökonomischer Leistungsfähigkeit von Staaten, basierend auf dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur ein verzerrtes Bild der Realität gibt. Im BIP werden alle im Inland erbrachten Dienstleistungen gemessen, je mehr, desto besser. Stiglitz machte deutlich, dass auf dieser Basis massenhafte Autounfälle mit vielen Blebschäden und Verletzungen eine gute Sache sind. Denn so würden durch die Reparaturen für die Fahrzeuge und die Infrastruktur sowie für die ärztliche Behandlung der Opfer jede Menge Dienstleistungen in Anspruch genommen und Transaktionen vorgenommen, die sich positiv auf das BIP auswirken. Der "Held" der Volkswirtschaft ist somit ein Schwerkranker, der eine teure Scheidungsschlacht führt; die volkswirtschaftlich besten Ereignisse sind nach dieser Logik Erdbeben und Stürme. Denn in der BIP-Berechnung bleiben Schäden für Mensch und Umwelt unberücksichtigt. Es werden schlicht alle Transaktionen zusammengerechnet, ohne zwischen Einnahmen und Ausgaben, zwischen Aktivposten und Verpflichtungen zu unterscheiden.

Der Ausschuss diskutiert jetzt über die Möglichkeiten der Einführung neuer Bemessungsindikatoren unter dem Stichwort "mehr als das BIP". Es gibt Vorschläge zur Verbesserung der Situation, z.B. durch die Einbeziehung von Umwelt- und Sozialindikatoren oder durch genauere Berichte über Verteilungsfragen und Ungleichheitsprobleme. Die Mitglieder sind sich in der Mehrzahl einig, dass das BIP ein veraltetes Instrument ist, das dringend verbessert werden muss und wollen in den nächsten Wochen die vielfältigen alternativen Berechnungsmöglichkeiten analysieren und konkrete Vorschläge machen.

Das zweite Schwerpunktthema in der Ausschusssitzung war die "Europäische Initiative zu Alzheimer und andere Demenzkrankheiten". Dazu wurde ein Workshop mit Experten abgehalten.

Der Fokus der Maßnahmen, da bestand Einigkeit, sollte auf Prävention und Früherkennung liegen sowie auf besserer Koordinierung der Forschung in den EU-Staaten. Ein Austausch über Organisationsstrukturen im Gesundheitswesen bezüglich des Umgangs mit diesen Krankheiten wurde angeregt und die Rechte der Patienten in den Vordergrund gestellt. Aufgrund der aktuellen Kompetenzverteilung in der EU, liegen die Handlungsmöglichkeiten zuallererst in den Händen der einzelnen Mitgliedstaaten, während die EU-Institutionen hauptsächlich unterstützend wirken können. Vor diesem Hintergrund forderten die Abgeordneten die Entwicklung nationaler Aktionspläne, bei deren Erstellung voneinander gelernt werden sollte.

Im Rahmen des Workshops wurden eine Reihe von Statistiken präsentiert, die zeigen, dass aktuell ca. 7,3 Millionen EU-Bürgern mit Demenzkrankheiten leben, eine steigende Tendenz von Erkrankungen ist bei Frauen zu beobachten. Schätzungen gehen von einer Verdopplung der Erkrankungszahlen bis 2050 aus, vor allem wegen der demographischen Entwicklung.

Alzheimer ist eine Krankheit, die durch langfristige Ansammlung von giftigen Proteinen im Hirn entsteht. Patienten leiden u.a. unter Depressionen, Unruhe, Halluzinationen oder Apathie. Eine Früherkennung des Leidens ist wichtig, um rechtzeitig gegensteuern zu können. Dafür fordern die Abgeordneten die Entwicklung einer entsprechenden Infrastruktur.